



Bürgergemeinschaft Ingolstadt, Milchstraße 4, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Lösel

Datum 13.07.2015

Telefon (0841) 99 34 78 50

Telefax (0841) 99 34 78 53

E-Mail stadtratsgruppe@bg-in.de

Gremium	Sitzung am
Stadtrat	30.07.2015

Integriertes Handlungsprogramm zur Förderung der Elektromobilität

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir stellen folgenden Antrag zur Behandlung in der nächsten Stadtratssitzung:

1. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung ein integriertes Handlungsprogramm zur Förderung der Elektromobilität zu erarbeiten und dieses dem Stadtrat vorzulegen.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung Förderrichtlinien für ein Förderprogramm zur Förderung von Elektrofahrzeugen und Ladeinfrastruktur zu erarbeiten und dem Stadtrat im Jahr 2015 zur Entscheidung vorzulegen.
3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich über den Deutschen Städtetag dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung für ihr Ziel, bis zum Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf deutsche Straßen zu bringen, ein bundesweites Förderprogramm für die Bezuschussung der Anschaffungskosten von elektrisch angetriebenen Fahrzeugen initiiert.

Begründung:

Die Bundesregierung hat für Deutschland das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 eine Million Elektroautos auf die Straßen zu bringen. Derzeit entsteht jedoch aus Sicht der Antragsteller eine Verzögerung bei der Umsetzung dieses Ziels. Diese Verzögerung hat ihre Ursache auch darin, dass die Bundesregierung für die Kommunen derzeit kaum sinnvolle Fördermaßnahmen entwickelt hat. Dies hat auch bereits der Deutsche Städtetag in seiner Stellungnahme zum geplanten Elektromobilitätsgesetz des Bundes vom 11.02.2014 bemängelt, in der unter anderem Bedenken zur freien Fahrt für E-Fahrzeuge auf Busspuren oder zur Privilegierung des ruhenden E-Verkehrs geäußert werden.

Darüber hinaus fehlt in diesem Gesetzestext auch die Berücksichtigung der Elektromobilität im Baurecht, die Regelung zum Aufbau von Ladeinfrastruktur in Eigentümergeinschaften und Mietwohnungen sowie die Ermächtigung zur Ausweisung von Parkplätzen für E-Carsharing-Fahrzeuge.

Nach Ansicht der Antragsteller ist auch eine wirksame und damit monetäre Förderung seitens des Bundes zwingend notwendig, um der Entwicklung der Elektromobilität notwendige Impulse zu verleihen. Daher wird der Oberbürgermeister gebeten, sich für ein nationales Förderprogramm einzusetzen.

Die Stadt Ingolstadt ist als Automobilproduktionsstandort geradezu prädestiniert bei der Förderung der Elektromobilität eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Die Verwaltung soll daher ein Gesamtkonzept für die Elektromobilität in Ingolstadt erarbeiten. Inhaltlich schlagen wir vor, dass sich dieses Programm am Handlungsprogramm der Landeshauptstadt München orientiert.

Mit einem solchen integrierten Handlungsprogramm für die Stadt Ingolstadt kann die Stadt eine Vorreiterrolle bei der Förderung der Elektromobilität übernehmen. Inhalt eines solchen Programms sollten unter anderem die Förderung von Unternehmen und Gewerbetreibenden, die ihre Fahrzeugflotten auf Elektrofahrzeuge umstellen, und der Aufbau einer ausreichend dichten Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet sein. In München werden Fahrzeuge mit Beträgen von 2.500 bis 4.000 Euro je Fahrzeug gefördert.

Die Förderung der Elektromobilität kann in Ingolstadt auf ein bereits existierendes starkes Fundament gebaut werden: Neben den Bemühungen der Audi AG bei der Entwicklung elektrisch angetriebener Fahrzeuge, hat auch die Technische Hochschule Ingolstadt (THI) mit der erfolgreichen Durchführung der Tage der Elektromobilität gezeigt, dass wir in Ingolstadt bei der Entwicklung und Förderung der Elektromobilität Vorreiter sein können. Diese Chance möchten die Antragsteller nutzen.

gez.
Christian Lange

gez.
Georg Niedermeier